ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Der Geist des vereinten Europas

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Der Geist des vereinten Europas, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 3, pp. 7-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131062

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Das Fazit der britischen Wahl

Sozial oder sozialistisch . . . .

Eine Regierung, die bei jeder kleinen Grippe-Epidemie unter ihren Anhängern in Gefahr ist, über irgend ein unwichtiges Thema gestürzt zu werden, hat naturgemäß den Wunsch, möglichst bald einen festen Rückhalt zu bekommen. Doch gibt es eine derartige Möglichkeit für die Labour Party, die zwar die absolute Mehrheit, jedoch nur einen Vorsprung von einem guten halben Dutzend vor der vereinten Opposition besitzt?

Das unentschiedene Ergebnis der britischen Wahl zwischen Labour und Tories zeigt bei näherer Analyse dieses: Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft steht, einiger denn je (und unter Ausschaltung aller offenen und getarnten Kommunisten), hinter der Labour-Führung. Labour hat, im ganzen gesehen, das volle Vertrauen seiner Anhänger — und die Tories sind mehr denn je deren „rotes Tuch". Anderseits hat der Mittelstand, einschließlich der kleinen Angestellten und der freien Berufe, es vorgezogen, für „mehr Freiheit" von Regierungs-Beschränkungen zu stimmen. Dabei war nicht in jedem Falle deutlich, ob dieser Freiheitsdurst aus dem tief im britischen Charakter verankerten liberalen Gefühl oder aus einer wohl überlegten Ablehnung sozialistischer Ideologie stammte. Man kann jedoch wohl summieren, daß der für eine ausreichende Labour-Mehrheit im Unterhaus erforderliche Stimmenteil aus dem Mittelstand wohl die soziale Seite des Labourprogramms — also Vollbeschäftigung, faire Verteilung aller knappen Güter und soziale Sicherheit — billigt, jedoch nicht die sozialistische Seite fortgesetzter Verstaatlichungen und am wenigsten die bürokratische Seite gewaltiger Staatskonzerne und ärgerlicher einschränkender Vorschriften.

Damit wäre also ein ziemlich klarer Blick in die künftige Labour-Politik bis zur nächsten Wahl (die kaum vor dem Herbst und wahrscheinlich auch nicht später stattfinden dürfte) getan — falls die wirtschaftlichen Umstände die gleichen bleiben sollten. Denn man brauchte nur in der Sozialisierungspolitik (einschließlich der Verstaatlichung der Stahlindustrie) leise zu treten und bürokratische Ärgernisse zu beseitigen, dazu der Hausfrau mit Hilfe des neuen Ernährungsministers ein freundlicheres Gesicht zu zeigen und die Chancen wären günstiger. Vieles spricht dafür, daß dieser Kurs von Attlee und den von ihm im Kabinett sehr verstärkten „rechten Flügel" der Labour Party gesteuert werden wird.

Doch eine andere Schwierigkeit muß von der Regierung — und der Opposition — in Rechnung gestellt werden: Der Wahltermin im Februar sollte Labour für den (erwarteten) Fall der Wiederwahl freie Bahn für einige unpopuläre, jedoch unvermeidliche Maßnahmen zur Lösung der latenten britischen Krise schaffen: Der Lohnstop bei steigenden Einzelhandelspreisen für Lebensmittel und Verbrauchsgüter, bei denen sich allmählich die Auswirkungen der Abwertung zeigen, muß rigoros durchgehalten werden, ebenso natürlich der Dividenden- und Gehälterstop, auch wenn dies mehr psychologischen als ökonomischen Sinn hat. Gleichzeitig muß entweder die Gesamterzeugung in England erhöht oder ein größerer Teil der Produktion für den Export reserviert werden, um die Dollarlücke rechtzeitig bis 1952 wenn nicht schließen so doch genügend verengen zu können, um weitere amerikanische Hilfe in veränderter Form zu ermutigen. Das erfordert mehr oder intensivere Arbeit, mehr Investitionen für modernere Anlagen und gleichzeitig Desinflation. Eine Erleichterung der Steuerlast für Unternehmen wie für qualifizierte Arbeitskräfte wäre als Ansporn für die Leistungssteigerung notwendig.

Wie soll Labour diese „Bereinigung", die im Grunde nichts anderes darstellt, als die Senkung des britischen Lebensstandards auf den „realistischen" Nachkriegsstand durchführen und gleichzeitig das Vertrauen der Arbeiter erhalten, das des Mittelstandes gewinnen? Die Konservativen scheinen der festen Überzeugung, dies sei eine unlösbare Aufgabe für Labour — und halten daher Abwarten für die beste „Tory-Politik". (Gw.)

Herrscht heute Deflation?

Die Einseitigkeit monetärer Betrachtungen

Unsere Wirtschaft befindet sich in einer deflationistischen Krise. Diese Auffassung ist weit verbreitet. Es spricht sehr viel für ihre Berechtigung. Deflation bedeutet ein Zurückbleiben oder eine Verminderung des Geldvolumens, des Bar- und Buchgeldumlaufs im Vergleich zu den güterwirtschaftlichen Möglichkeiten. Der Zinssatz, die Kreditbedingungen, die steuerlichen Belastungen erschweren die Ausdehnung der Produktion. Mangelnde Kaufkraft und sinkende Preise mahnen zur Zurückhaltung der unternehmerischen Initiative und führen zu Betriebseinschränkungen, zu Stillegungen und Entlassungen. 2 Millionen Arbeitslose, das ist das sichtbarste und bedrohlichste Kennzeichen einer deflationistischen Entwicklung.

Die Deflation hat auch positive Seiten. Die Preissenkung ist er-

wünscht. Sie kommt dem Konsumenten zu gute, zwingt zur Rationalisierung, zur Einsparung von Kosten und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. Leider ist der Zugang zu den internationalen Märkten nicht nur von der Qualität der Leistung abhängig. Mit deflationistischen Mitteln eine Steigerung der Ausfuhr erreichen zu wollen, scheint heute noch aussichtsloser zu sein als vor 20 Jahren. Deshalb Güter und Arbeitskräfte brach liegen zu lassen, ist nicht zu verantworten.

Diese ungenutzten Energien in Bewegung zu bringen, ist jedenfalls eine notwendige, eine dringliche und mit den modernen Mitteln der Kreditpolitik auch lösbare Aufgabe. Sie ist allerdings nicht ohne Gefahren. Mit einer Kreditausweitung dürfen die Schwächen unserer volkswirtschaftlichen Struktur nicht verschleiert werden. Die Steigerung unserer Produktionskapazität ist das vordringlichste Anliegen der Kreditpolitik. Die Mehrung des Sozialproduktes ist ein güter- und arbeitswirtschaftlicher Vorgang. Er ist bei den Erschütterungen, die unsere Volkswirtschaft seit dem ersten Weltkrieg durchgemacht hat, mit ganz ungewöhnlichen strukturellen Umschichtungen verbunden.

Wer sich gegen Umstellungen und Abschreibungen sträubt, ruft nach Krediten oft am lautesten dort, wo sie volkswirtschaftlich am wenigsten fruchtbar sein können. Kredite sind bequemer als Kosteneinsparungen. Bewilligen ist viel leichter, als „nein" sagen. Kostensenkung, Rationalisierung ist nicht nur eine Aufgabe der Betriebe, sondern auch der öffentlichen Hand, die einen wesentlichen Teil des Sozialprodukts in der Form von Steuern beansprucht.

Diese Tendenz struktureller Umschichtung kann durch eine großzügige Kreditpolitik erheblich beeinträchtigt werden. Die wirtschaftlichen Leistungen seit der Währungsreform sind beachtlich. Es darf nicht übersehen werden, daß noch 1945 etwa 9 Millionen Menschen in das Bundesgebiet eingeströmt sind, daß 1949 allein 350 000 Flüchtlinge und 250 000 Heimkehrer Unterkunft und Arbeit beanspruchten. Die Arbeitsleistung in der gewerblichen Wirtschaft ist von 50 auf fast 80 % der Vorkriegsleistung gestiegen. Trotzdem ist die Zahl der Arbeitslosen beängstigend hoch. In den nächsten Jahren fragen starke Jahrgänge von Schulabgängern nach Arbeitsplätzen. Der Zustrom von Heimatlosen ist noch nicht abgeschlossen. Sehr viele Arbeitsplätze haben mit einer Krisenfestigkeit noch nichts zu tun. Was bedeutet allein die Umstellung der Landwirtschaft auf eine Betriebsführung, in der kaufmännische Gesichtspunkte mehr als bisher zur Geltung kommen! Kredite zur Sicherung der bisherigen Beschäftigung und zur Durchführung von Maßnahmen, die den Charakter von Notstandsarbeiten tragen, können leicht über die Notwendigkeit struktureller Umschichtungen hinwegtäuschen.

Wenn eine Volkswirtschaft so arm ist wie die deutsche, wenn sie Soziallasten und Besatzungskosten zu tragen hat, die ohne Beispiel sind, dann ist die Frage der Kosteneinsparung von besonderer Bedeutung. Bei dem Bemühen um eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung stoßen wir immer wieder auf die Kapazität unserer Grundindustrien und ihrer Kostenprobleme. Kohle, Eisen, Stahl, Holz, Steine, Zement, Rohstoffe aller Art z. T. ausländischer Herkunft, Halbfabrikate, Maschinen, Energieversorgung, Verkehrsleistungen sind entscheidend für die Schaffung krisenfester Arbeitsplätze und für eine Vermehrung des Sozialprodukts und auch für den Wohnungsbau.

Die Kreditausweitung im Interesse der Kapitalbildung bedeutet auch eine Vergrößerung von Konsumentenkaufkraft. Soweit sie noch nicht aus der eigenen Produktion befriedigt werden kann, wird man mit Einfuhren einer Preissteigerung begegnen müssen. Die Einfuhren werden mit ausländischen Krediten finanziert. Deshalb lassen sie sich nur rechtfertigen, wenn sie zu einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung beitragen, die sich in absehbarer Zeit auch im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Die Liberalisierung des Außenhandels stößt bei den ausländischen Partnern einstweilen auf wenig Gegenliebe. Deshalb ist es besonders bedenklich, wenn in Verbindung mit der Kreditausweitung die Einfuhr hochwertiger Fertigwaren steigt und die Ausweitung der Produktionskapazität durch eine Zufuhr von Rohstoffen vernachlässigt wird. Inländische Kredite und Auslandshilfen lenken sehr leicht von der Aufgabe einer echten Kapitalbildung und der Schaffung von krisenfesten Arbeitsplätzen ab.

Damit ist nicht gesagt, daß man nichts tun soll. Die Richtung des Tuns ist entscheidend. Es geht immer um die Kräftigung der Sozialstruktur. Dann sind auch diejenigen interessiert, die darüber entscheiden, wie hoch oder tief unser Brotkorb hängt. Spritzen zur Linderung dürfen nicht mit Maßnahmen zur Gesundung verwechselt werden. (we)

Der schmale Weg zwischen Deflation und Inflation

Das Gespenst der Deflation geistert wieder durch die deutsche Presse; geleugnet von vielen oder als bittere Wahrheit behauptet von anderen mit einem mehr oder weniger deutlichen Hinweis auf das wirtschaftliche und politische Chaos der beginnenden dreißiger Jahre als Folge der Brüning'schen Deflationspolitik.

Was ist Deflation? Am einfachsten läßt sich diese monetäre Erscheinung mit einer „Unterversorgung der Volkswirtschaft mit Geld" bezeichnen, die dann vorliegt, wenn die optimale Entfaltung der Produktivkräfte an einem Geldmangel scheitert. Eine derartige Unterversorgung kann dreierlei Ursachen haben. Im ersten Fall schränkt die Notenbank durch ihre Politik den Umlauf an Bargeld und die Kreditbegebungsmöglichkeiten ein; die Gesamtkaufkraft der Volkswirtschaft sinkt und reicht nicht mehr zum Ankauf des gesamten Sozialproduktes aus. Ursache einer aktiven Deflationspolitik der Notenbank kann eine passive Zahlungsbilanz der laufenden Rechnung sein, wie sie beispielsweise verstärkt im Dezember 1949 auftrat, oder die Furcht vor inflationistischen Preissteigerungen wie in den ersten Monaten nach der Währungsreform.

Zweitens kann eine Flucht in die Geldwerte durch Privatleute vorliegen: Man versucht Waren, Wertpapiere und Landbesitz zu veräußern, da das Geld voraussichtlich eine Wertsteigerung erfahren wird. Geld wird gehortet und die Preise der im Überfluß angebotenen Waren sinken. Eine derartige Hortung von liquiden Mitteln — oft in Form von ungenutzten Bankguthaben — können auch Firmen vornehmen, wenn die Furcht vor Verlusten bei sinkenden Preisen zu einer verstärkten Liquiditätsneigung führt.

Drittens können auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage die Banken zu einer fortschreitend vorsichtigeren Kreditgewährung neigen. Man wagt nicht mehr die Finanzierung von Investitionen, sondern vergrößert seine Liquidität.

So entwickelt sich ein fortschreitender Schrumpfungsautomatismus, der durch hohe Arbeitslosenziffern und sinkende Preise und Investitionen gekennzeichnet ist. Die sinkenden Einkommen verringern die künftige Nachfrage und hindern die optimale Ausnutzung der Produktionsfaktoren.

Bestehen gegenwärtig derartige deflationistische Tendenzen? Auf den ersten Blick mögen sie von der güterwirtschaftlichen Seite aus gesehen vorliegen, aber andererseits haben wir eine ständig steigende Geld- und Kreditmenge und ein — wenn auch nicht im gleichen Maße wachsendes Sozialprodukt. Allein die Kreditexpansion des Jahres 1949 betrug fast 5 Mrd. DM.

Im Jahre 1949 stieg die Produktion um fast 25 %, die Zahl der Beschäftigten aber nur um 6—8 %. Die wachsende Produktivität und das alljährlich um 300 000 Menschen zunehmende Arbeitsangebot erfordern jedoch neben der Wiederherstellung zerstörter Kapazitäten deren Ausdehnung um rund 30 %, um alle Arbeitskräfte aufsaugen zu können. Eine derartige Aufgabe wurde noch nie einer Marktwirtschaft gestellt. Zu ihrer Durchführung sind nicht kurzfristige Mittel, die die Notenbank bereitstellen kann, sondern ist langfristiges Investitionskapital notwendig. Jede unmittelbare Vergrößerung der Kaufkraft hemmt primär die Export- und die Investitionsbereitschaft. Die Ungleichgewichte im Verhältnis der Versorgung von kurzfristigen Geld- und langfristigen Kapital-Mitteln einerseits und der unorganische Aufbau der deutschen Produktion andererseits, die zu einer verstärkten Nachfrage sowohl nach Gegenwarts-(Konsum-)gütern als auch nach zukünftigen (Investitions-) gütern führen, verbunden mit dem Fehlen bzw. der Unmöglichkeit eines Funktionierens des Zinsautomatismus, bilden das Kernproblem unserer heutigen Wirtschaftspolitik. Die Bank Deutscher Länder sieht durchaus die Gefahr, daß aus den Disproportionen sich ein deflationistischer Schrumpfungsprozeß entwickeln kann und hält deshalb eine Politik der Vorfinanzierung für den Export und „gewisser Investitionsvorhaben" für unbedenklich und sogar unerläßlich. Ihre Kredite sollen aber möglichst einen Überbrückungscharakter behalten, da diese späteren Einwirkungsversuchen der Notenbank entzogen werden. (Rp)

Das klinische Bild

Im Ablauf der Konjunkturzyklen treten deflationäre Erscheinungen auf, wenn die Sättigung des Marktes und die Übersetzung des Produktionsapparates einen Kontraktionsprozeß notwendig machen. Beide Bedingungen der Güterseite sind im gegenwärtigen Wirtschaftsbild nicht gegeben. Die lebenswichtigen Bedürfnisse weiter Bevölkerungsschichten sind unbefriedigt, und der schwer angeschlagene Produktionsapparat ist weder imstande den großen Nachholebedarf zu decken, noch das Güteräquivalent für die erforderlichen Einfuhren zu liefern. Auf der Produktions- und Güterseite liegt also kein Anlaß vor, um mit Investitionen zurückhaltend zu sein. Man kann auch nicht davon sprechen, daß seit der Währungsreform eine faktische Kredit- und Investitionsschrumpfung stattgefunden hat. Es ist im Gegenteil unverhältnismäßig viel investiert worden. Aber die starken Abzüge von Mitteln aus der Konsumsphäre konnten nicht befruchtend wirken, da sie durch die übermäßig hohe Preisgestaltung die echte Nachfrage zurückhielten und statt der Rationalisierung und der Erweiterung des Produktionsapparates zu dienen, mehr für die Übersetzung des Handelsapparates und für die Deckung unverhältnismäßig hoher Verwaltungskosten verwendet wurden.

Die dadurch verursachten hohen Abzüge aus der Konsumsphäre mußten zu einem Rückgang der Umsätze führen. Damit wurde der Anschein einer Marktsättigung erweckt und das Investitions- und Rationalisierungsinteresse vermindert. Daß die tatsächlich hohen Investierungsmittel fast gar nicht der Entwicklung der entscheidenden Industrie- und Wirtschaftszweige zugute kamen, lag an der völlig falschen Beurteilung der Markt- und Geldsituation bei der Währungsreform, dem völligen Fehlen einer Investitionslenkung und der übertriebenen Sorge vor einer Währungserschütterung durch Kreditschöpfung. Tatsächlich hat das Ausmaß der Kreditausweitung weder dem Zustrom von Arbeitsfähigen noch der anfänglich schnellen Produktionssteigerung Rechnung getragen.

So zeigt sich das klinische Bild einer Deflation, ohne daß die Voraussetzungen dafür vorhanden wären. Das ist gut und schlecht. Gut, weil sich dadurch die Möglichkeiten bieten, dem Schrumpfungsprozeß zu begegnen, ohne die Gefahr einer inflationären Entwicklung zu laufen. Schlecht, weil sich durch die bisherige Entwicklung ein Sozialgefüge herausgebildet hat, das unserer gegenwärtigen Lage nicht entspricht und eine Auseinandersetzung über politische und wirtschaftspolitische Ideologien heraufbeschworen hat, die die zum Wiederaufbau notwendige Tatkraft lähmen.

Bei einer Weiterführung dieser Politik müssen wir dazu gelangen, daß ein nicht ausgebauter Produktionsapparat für eine Teilbevölkerung arbeitet, während Kräfte brach liegen, die dringend zum Wiederaufbau des Produktionsapparates und zur Beseitigung der Wohnungsnot eingesetzt werden müßten. (h)

Anregungen für den Konsulardienst

Betriebsbesichtigungen für Anwärter

Bei der Suche nach den geeignetsten Methoden zur Ausbildung von Anwärtern für den künftigen deutschen konsularischen Dienst sollten auch die im Ausland bestehenden Einrichtungen und die damit gemachten Erfahrungen eingehend geprüft werden. So hat unser Nachbarland Belgien, das nach Produktion und Ausfuhrabhängigkeit sehr wohl mit der Bundesrepublik verglichen werden kann, für die wirtschaftliche Ausbildung der Anwärter des belgischen diplomatischen und konsularischen Dienstes eine Form qualifizierter Betriebsbesichtigungen eingeführt, die geeignet erscheinen, die Anwärter in kurzer Zeit mit der Struktur und den Bedürfnissen der belgischen Wirtschaft und gleichzeitig mit der Durchführung von Enquêten vertraut zu machen.

Diese Besichtigungen finden während einer Zeit von sechs Monaten statt, und zwar bei den Betrieben von Industrie und Landwirtschaft sowie Hafenbetrieben; auch Gewerbeschulen werden dabei besichtigt. An jedem Tag werden zwei, manchmal drei Betriebe aufgesucht.

Die Anwärter erhalten auf diese Weise einen umfassenden Einblick in die industriellen Anlagen, sie sehen die aufgestellten Arbeitsmaschinen, hören etwas über Herstellungsverfahren und kommen mit den in der Geschäftsleitung, der Produktion und Verwaltung tätigen Menschen in Verbindung. Die Besichtigungen werden keineswegs auf große Unternehmungen beschränkt, sondern es werden ebenso sehr kleine und mittelgroße Betriebe aufgesucht.

Wesentlich ist, daß die einzelnen Besichtigungen in besonderen Lehrgängen über Technologie und industrielle Terminologie vorbereitet werden, wobei die Anwärter Gelegenheit haben, auch die von ihren Vorgängern ausgearbeiteten Berichte über die früher erfolgten Besichtigungen zu studieren.

Offenbar sind solche qualifizierten Besichtigungen nicht mit den üblichen Laienbesuchen zu vergleichen, und die Anwärter sind auch gehalten, über das Ergebnis einen Bericht anzufertigen. Danach bespricht der Anwärter seinen Entwurf mit seinen Kollegen, die Kritik üben und Änderungsvorschläge machen. Nachträglich notwendig werdende Auskünfte verschafft sich der Bearbeiter durch Rückfragen im Betrieb, wofür er sich im allgemeinen schon vorher die Hilfe eines Firmenmitgliedes gesichert hat. Das endgültig fertiggestellte Manuskript wird ausgedruckt und mit dem Namen des Berichterstatters gezeichnet, was natürlich einen Ansporn zu bestmöglicher Leistung bedeutet.

Vom Beginn an werden die Anwärter nachdrücklichst auf die große Bedeutung ihrer künftigen wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland hingewiesen. Dafür ist die gründliche Kenntnis auch der eigenen Wirtschaft unerläßlich, und die Besichtigungen sollten diese Kenntnis vertiefen.

Am Schlusse der Wirtschaftsausbildung steht das Handelsexamen vor einer aus acht Mitgliedern bestehenden Prüfungskommision, von der drei Mitglieder Vertreter der Industrie sind.

Mit dieser Ausbildung der belgischen Anwärter in wirtschaftlichen Fragen verbindet sich noch ein weiterer Zweck von nicht geringerer Bedeutung. Das enquêtemäßige Vorgehen bei den einzelnen Besichtigungen, das Rede- und Antwortstehen mit Betriebsleitern, Ingenieuren, Werkmeistern, Exportleitern und Hilfspersonal macht die Anwärter mit den Methoden der Erhebung und der Analyse, die sie bei der Ausübung ihres späteren Berufes im Ausland praktisch verwenden müssen, schon in der Heimat vertraut. (ck)

Die Schweiz in der europäischen Zusammenarbeit

Kriegsverschont steht die Schweiz außerhalb der Marshall-Hilfe und gehört damit auch nicht zum Kreise der zum Zwecke des Ausgleichs der Zahlungsbilanzen mit gegenseitigen Ziehungsrechten ausgestattenen Ländern. Langwierigen Bemühungen der Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) ist es dann anläßlich der Verhandlungen zur Erneuerung des europäischen Zahlungsplanes für 1949/50 gelungen, die Schweiz in den Marshallplan-Handel einzugliedern.

Offiziell und in der Schweizer Presse ist nach dieser Pariser Neuregelung die Genugtuung ausgesprochen worden, daß die „Benachteiligung der Schweiz im Handelsverkehr mit den europäischen Mashallplan-Ländern hinweggefallen" ist, doch wurde im selben Atemzuge vor voreiligen Optimismus gewarnt. Und in der Tat: die bis jetzt im Rahmen dieser Neuordnungen mit Marshallplan-Ländern bezw. auf Grund des europäischen Zahlungsplanes zustandegekommenen schweizerischen Lieferungen sind gering und bedeutungslos im Außenhandel der Eidgenossenschaft. Käme es einzig auf die materielle Seite an, bestände für die Eidgenossen nicht der geringste Anlaß zu Sympathien mit solchen administrativen und aus ihrer Natur heraus hemmenden und einengenden Planregelungen, von der prinzipiellen Hinneigung des Schweizers zu Individualismus und Liberalismus auch im Wirtschaftlichen ganz abgesehen. So stark jedoch dieser Hang und Drang zur nicht reglementierten und nur von gewachsenen Rechtsnormen dirigierten Lebens- und Wirtschaftsführung beim Schweizer auch sein mag: daß nach Niederbruch und Chaos andere, abgesteckte Wege gegangen werden müssen, um einen sinnvollen Wiederaufbau und eine möglichst besser ausgeglichene und funktionierende kontinentale oder Weltwirtschaft herbeiführen zu können, diese Einsicht ist so gut wie Allgemeinauffassung in der Schweiz.

Das Streben der Schweiz zum Handelsverkehr mit den europäischen Marshallplan-Ländern ist somit und nicht in geringem Maße auch Ausdruck des Bewußtseins der wirtschaftlichen Verbundenheit oder Solidarität mit Europa auf Gedeih und Verderb. Die gleichfalls im vergangenen Jahr erfolgte Gründung eines „Schweizerischen

Nationalkomitees für europäische Zusammenarbeit" unter dem Präsidium des durch seine über den Rundfunk gegebenen weltpolitischen Orientierungen in den Kriegsjahren berühmt gewordenen Professor J. R. von Salis zeugt fernerhin von diesem schweizerischen Allgemeinbewußtsein. Beruht die Eidgenosssenschaft auf dem Prinzip des nationalen Ausgleichs, mit dem die Viervölkergemeinschaft steht und fällt, ist dem Schweizer eine höhere politische wie wirtschaftliche europäische Ordnung unter Ausgleichung und Anpassung der Länder- oder Staatenwirtschaften eine geläufige Vorstellung und dünken ihm erstrebenswert. Deshalb ist er bereit, sich mit seiner leistungsfähigen Volkswirtschaft dieser europäischen Ordnung anzupassen und einzufügen in der Überzeugung, daß mit einer allgemeineuropäischen wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt auch die eigene gegeben ist. Zusammenballungen von Mitteln oder Überschüssen auf der einen und Mangel und Defizite auf der anderen Seite scheinen ihm nur gefährlich und den allgemeinen wie ökonomischen Interessen Europas und jedes seiner Glieder entgegenzustehen.

Die gegenwärtige Wirtschaftssituation Europas und die Deutschlands als sein Kernstück wird durch mannigfache Krisenanzeichen gekennzeichnet, davon die westdeutsche Millionenarbeitslosigkeit eines der beunruhigendsten ist. Wird die Wirtschaftslage Westdeutschlands auch als das Ergebnis besonderer Umstände mehr anomalen Charakters und bedauerlicher Fehllenkungen angesehen, ist sie gleichfalls mitbestimmt durch vielfachen Mangel. Dieser kann nur behoben werden durch unvoreingenommene Berücksichtigung innerhalb des europäischen Zahlungsplanes. Verständigung und Ausgleich hierin sind unerläßlich, soll der Schaden nicht einmal auf ganz Europa und darüber hinaus zurückfallen. (Zi.)

Der Geist des vereinten Europa

Es sollte zu denken geben, daß Widerstand gegen ein Unrecht uns auch diesmal wieder über alle parteipolitischen Vorurteile hinweg zusammengeführt hat. Zu denken geben in zweierlei Hinsicht: Einmal nach innen gesehen, daß dadurch ein einwandfreier Beweis erbracht worden ist, daß auch heute noch ein Zusammengehen zwischen Regierung und Opposition möglich ist, wenn es sich um große Aufgaben handelt (und ist nicht auch der Wiederaufbau eine große Aufgabe?). Zweitens nach außen gesehen: daß unsere Freunde diesseits und jenseits des Kanals für uns doch auch einen anderen Köder als Unrecht haben müßten, um uns zur Einigkeit zu erziehen. In der kalten Abtrennung der Saar, um die es sich beim Saarabkommen tatsächlich handelt, liegt ein Unrecht, das auch durch völkerrechtliche Auslegungsversuche nicht verringert wird. Da uns genau bekannt ist, was man mit willfährigen Regierungen machen kann, kann uns der Hinweis Frankreichs, daß es seine Souveränitätsrechte eingeschränkt habe, wenig beruhigen.

Wenn man an das vereinte Europa glaubt, dann wäre es nicht notwendig gewesen, ein Stück aus einem Körper herauszureißen, um es in einen anderen Körper einzufügen. Selbst wenn wir weiterhin an dem Einigungswerk mitarbeiten, ist durch diesen Akt unser Glaube an den ehrlichen Willen zur europäischen Gemeinschaft erschüttert worden. Man darf uns nicht verübeln, daß wir uns fragen, ob heute noch der Geist zur Durchführung einer solch großen Idee lebendig ist. Vielleicht sind wir unmittelbar nach dem Ende des Krieges mit dem Schauer des frischen Erlebnisses im Herzen der Durchführung näher gewesen als heute. Ich fürchte, daß die Dokumentation unserer Einmütigkeit uns keinen materiellen Nutzen bringen wird, vielleicht bringt es uns den ideellen Gewinn, daß man im Unglück einig und stolz sein muß. (sk)

Dr. HENRI RIBOT, PARIS

Ungerechtfertigte Enttäuschung über die OEEC.

Dieser letzte Bericht von Dr. Henri Ribot, der wie alle seine Arbeiten von seinem Glauben an die wirtschaftliche Vereinigung Europas zeugt, erreichte uns kurz vor der Nachricht von seinem plötzlichen Tode. Es ist ein tragisches Geschick, daß dieser Tod zeitlich so eng zusammenfällt mit dem schweren Schlag, den die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit durch den Abschluß des Saarabkommens erfahren hat. Um so schwerer zählt für uns der Verlust eines Freundes, den Deutschland in Frankreich hatte. Die Gespräche mit Herrn Ribot, die zum Teil im „Wirtschaftsdienst" ihren Niederschlag fanden, waren immer anregend und fördernd, gerade auch dann, wenn wir die Dinge aus einer anderen Perspektive sahen.

Wenn wir nach Abschluß der letzten Tagungsperiode der Europäischen Organisation für die Wirtschaftliche Zusammenarbeit einige Zeit haben verstreichen lassen, ehe wir ihre Ergebnisse im einzelnen kommentieren, so deshalb, weil unter dem Druck der Aktualität nur allzuviele Kommentare veröffentlicht worden sind, die der tatsächlich geleisteten Arbeit aller Beteiligten nicht genügend Rechnung trugen. Es schien uns nötig, einigen Abstand von den Dingen zu gewinnen. Denn es scheint uns gefährlich, durch eine vorschnelle Kritik, die der Ungeduld der Ewig-Unzufriedenen entgegenkommt, die schlechte Informiertheit der Öffentlichkeit zu fördern, die stets zu Enttäuschungen führen muß!

In der Tat hatte sich die ganze Welt von der letzten Tagungsperiode der OEEC. nicht nur in wirtschaft-